

Berlin, 11. Juli 2016

Thesen zum Seminar über Demokratie und Geheimdienste

Europa-Universität Viadrina
Frankfurt/Oder

Kurzfassung

Zusammen mit Denis Friedrich veranstaltete ich auf Wunsch der Europa-Universität VIADRINA im Sommer-Semester 2016 ein Seminar zum Thema „Demokratie und Geheimdienste“. Jahrzehnte hindurch zögerte die akademische Welt in Deutschland, sich systematisch mit der Struktur von Geheimdiensten („Nachrichtendienste“) zu befassen. Im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus, der sowohl die äußere als auch die innere Sicherheit von Staaten herausfordert, ändert sich die Haltung der akademischen Institute gegenüber der Thematik. Die nachstehenden Thesen stellen das Ergebnis der Befassung mit diesem Thema in einer an der Fakultät für Kulturwissenschaften organisierten Seminarveranstaltung im Sommer-Semester 2016 dar.

1. In der Staatengemeinschaft herrscht die Auffassung vor, dass die geheimen Nachrichtendienste selbstverständliche und unverzichtbare Instrumente der Exekutiven sind, um mögliche Bedrohungen der inneren und äußeren Sicherheit frühzeitig erkennen zu können.

In vielen Ländern wird es als selbstverständlich angewiesen, dass Geheimdienste bei Durchführung der ihnen von der Regierung erteilten Aufträge Personen festnehmen, ja in Vernehmungen der Folter aussetzen können. Selbst Staaten mit unabhängigen Gerichten lassen dies zu.

In der Regel werden parlamentarischen Einrichtungen keine genuinen Kontrollrechte eingeräumt - allenfalls über die Beratung und Abstimmung von Budgetansätzen eine gewisse Kontrolle der Regierung ausgeübt – wenn die Zusammensetzung des Parlaments das unvermeidbar macht.

In vielen Staaten sind Bürgerrechte, die im Wege der Verfassung geschützt werden, durch Gesetze eingeschränkt – bsd. in Fällen des Staatsnotstandes und im Kriegszustand.

In vielen Staaten führen Geheimdienste Operationen für ihre Regierungen aus – sei es durch verdeckte Einflussnahme auf die öffentliche Meinung anderer Staaten (Einflussorganisationen), seien es gezielte militärische Operationen oder auch die Verfolgung von Gegnern (Terroristen). Mit tatsächlich oder angeblich geheimdienstlich gewonnenen Informationen versuchen auch demokratisch verfasste Regierungen, andere Regierungen auf ihre Seite zu ziehen (USA/Großbritannien im zweiten Irak-Krieg – 2003).

Die Nachrichtenbeschaffung konzentriert sich in politischen und militärischen Konfliktsituationen auf die Früherkennung von Aggressionsabsichten und dahingehenden militärischen Planungen, die Herstellung und Entwicklung militärischen Potenzials.

Für autoritäre und totalitäre Systeme sind Geheimdienste das wichtigste Abschreckungsmittel gegen die Opposition in der eigenen Bevölkerung.

Ich könnte das Aufgabenspektrum von geheimen Nachrichtendiensten noch um viele Details ergänzen. Mit der Auflistung der hier geschilderten Praxis von Geheimdiensten in vielen Staaten lässt sich ohne weiteres die politische, die gesellschaftspolitische Forderung begründen, auf solche Instrumente der Macht in einem demokratisch verfassten Staat und in einem Staat, dessen Verfassung die Grundrechte des Bürgers garantiert zu verzichten.

Der Regierung wird in einem solchen Fall mit guten Gründen die Möglichkeit genommen, mit geheimdienstlichen Mitteln Einfluss auszuüben und Unterdrückung durchzusetzen auszuüben. Es wird ihm aber auch die Möglichkeit genommen, bei Wahrung der Grundrechte des Bürgers und bei Wahrung der genuinen Kontrollrechte der Legislative sowie der Möglichkeit der Streitbeilegung auf juristischem Wege auf geheimdienstlichem Wege Erkenntnisse zur Früherkennung

von Bedrohungen der äußeren und der inneren Sicherheit zu gewinnen und damit potenzielle Gefahren zu bannen.

Ich habe zusammen mit Ihnen den Versuch unternommen, unter Einbeziehung der Entwicklungen in anderen Ländern am Fall der Bundesrepublik Deutschland ein Modell zu studieren, das die genuinen Informationsbedürfnisse der Bundesregierung auf dem Felde der inneren und der äußeren Sicherheit mit den Kernbereichen der Bürgerrechte und den Funktionen von Exekutive, Legislative und der Judikativen im Einklang hält. Wir haben daher Sachverständige hinzugezogen, die uns die Rolle des Parlaments und des Verfassungsgerichts näher gebracht haben, aber auch die Praxis geheimdienstlicher Arbeit innerhalb des Dienstes und unter den Bündnispartnern in EU und NATO. Die Berichte über die Nachrichtendienste in der Russischen Föderation, in den USA und in Großbritannien sowie Israel habe unseren Erfahrungshorizont erweitert.

Sie sind nach meinem Dafürhalten nun in der Lage, die Literatur und Medienberichterstattung zu den Themen qualifiziert zu beurteilen und gegebenenfalls am öffentlichen Dialog teilzunehmen.

Als Schwachstellen haben sich in der Praxis in meinen Augen

- die Führung und inneren Abläufe in den Nachrichtendienste selbst sowie
- die Zusammenarbeit zwischen Regierung und parlamentarischen Kontrollorganen sowie
- die Bedrohung von Quellen durch die Geschäftsabläufe in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen

erwiesen.

Die Medien befinden sich in einer schwierigen Lage, da sie stets der Versuchung ausgesetzt sind, Einzelerkenntnisse über Ineffizienz oder Gesetzesüberschreitungen zu verallgemeinern und damit das Negativbild der Dienste in der Öffentlichkeit verfestigen.

Mit der Thematik „Demokratie und Geheimdienste“ habe ich nach Beendigung meiner Tätigkeit in der Regierung und im BND in den neunziger Jahren die eher leidvollen und unbefriedigenden Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und BND zum Anlass genommen mich grundsätzlich mit diesen Fragen mit dem Ziel zu befassen,

- die Fragestellungen in den akademischen Raum einzuführen,
- damit die wissenschaftliche Befassung zu fördern und schließlich
- zu tragbaren Lösungen in den Spannungen zwischen Regierung und Nachrichtendiensten zu kommen.
- Sie sollen die Arbeitsfähigkeit der Dienste erhöhen, vor allem auch in den inneren Abläufen, und
- sie sollen die Aufgaben und Strukturen von Nachrichtendiensten in die politische Kultur des Landes sowie das Rechtssystem integrieren und
- weder gedanklich noch tatsächlich Nebenwelten entstehen lassen.

In Zukunft werden wir unter der Überschrift

„Innere und äußere Sicherheit in Europa – die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem Prüfstand“

die akademische Befassung mit diesen Themen reaktivieren und unter den Rahmenbedingungen der heutigen Bedrohungen weiter entwickeln – zunächst einmal in den akademischen Auseinandersetzungen.

Berlin, 11. Juli 2016